

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

Staatshaushaltsplan 2012

Einzelplan 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Von Kap. 0701 – Ministerium

Kenntnis zu nehmen.

2. Kap. 0702 – Allgemeine Bewilligungen

zuzustimmen.

3. Kap. 0707 – Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

		2012 Tsd. EUR
Tit. 546 70	statt	210,0
	zu setzen	410,0
Tit. 526 85	statt	60,0
	zu setzen	110,0
Tit. 531 85	statt	155,9
	zu setzen	305,9

und die Erläuterungen entsprechend anzupassen;

im Übrigen Kap. 0707 zuzustimmen.

4. Kap. 0708 – Innovation und Technologietransfer2012
Tsd. EUR

Tit. 894 79	statt	10.567,0
	zu setzen	11.567,0

und die Erläuterung entsprechend anzupassen;
im Übrigen Kapitel 0708 zuzustimmen.

5. Kap. 0710 – Mittelstandsförderung

Tit. 893 71	statt	7.067,0
	zu setzen	7.567,0

und die Erläuterung entsprechend anzupassen;

Tit. 526 72	statt	10,0
	zu setzen	110,0

und die Erläuterung entsprechend anzupassen;

im Übrigen Kapitel 0710 zuzustimmen.

6. Kap. 0711 – Wohnungswesen

Tit. 663 76	statt	66.186,0
	zu setzen	64.186,0

und die Erläuterung entsprechend anzupassen;

im Übrigen Kapitel 0711 zuzustimmen.

7. Kap. 0712 – Städtebau und Denkmalpflege

zuzustimmen.

26.01.2012

Die Berichterstatter:

Andrea Lindlohr

Dr. Hans-Ulrich Rülke

Die Vorsitzende:

Tanja Gönner

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat den Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft) des Staatshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 in seiner 12. Sitzung am 26. Januar 2012 beraten.

Die zu der Einzelplanberatung schriftlich eingebrachten Änderungsanträge 07/1 bis 07/9 sind diesem Bericht beigelegt (*vgl. Anlagen*).

Die Berichterstatlerin für den Einzelplan 07 (mit Ausnahme der Kapitel 0711 – Wohnungswesen – und 0712 – Städtebau und Denkmalpflege –) trägt vor, auch der Einzelplan 07 habe sich nach der Zusammenlegung der Ressorts für Finanzen und Wirtschaft grundlegend verändert. Beim Einzelplan 07 handle es sich nach der Verlagerung wesentlicher Teile in den Einzelplan 06 um einen reinen Programmhaushalt, der noch ein Volumen von ca. 614 Millionen € umfasse. Prägend hierfür seien die Programme zur Wirtschaftsförderung sowie zur Wohnraumförderung und zum Städtebau. Weitere Teile seien in die Haushalte des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur verlagert worden.

In Kapitel 0702 – Allgemeine Bewilligungen – lasse sich in Titel 124 84 – Einnahmen aus der Vermietung von Konferenz- und Ausstellungsräumen – eine Verringerung der Ansätze gegenüber 2010 auf 590 000 € feststellen, die in dieser Höhe jedoch schon im Haushaltsjahr 2011 bestanden habe. Dies sei darauf zurückzuführen, dass aufgrund der derzeit laufenden Umbaumaßnahmen nicht jederzeit alle Flächen für eine Vermietung zur Verfügung stünden.

Erläuterungsbedarf gebe es in Kapitel 0702 sicherlich auch zu Titel 883 01 – Zuschüsse an Kommunen zur Verbesserung der örtlichen Infrastruktur. Dieser Betrag sei für 2012 auf null gesetzt worden, während er 2011 noch 2 Millionen € betragen habe. Damit seien die einmaligen Hilfen zur Bewältigung der in der Gemeinde Staufen aufgetretenen Gebäudeschäden für etatisiert worden. Die in früheren Haushaltsjahren ebenfalls noch veranschlagten Zuschüsse für ein Parkhaus am Feldberg hätten sich zwischenzeitlich bekanntlich erledigt.

In Kapitel 0707 – Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft –, Titelgruppe 73 – Förderung des Messestandorts Baden-Württemberg – mache sich für den Haushalt positiv bemerkbar, dass die in Titel 662 73 etatisierte Schuldendiensthilfe an die Projektgesellschaft Neue Messe mit dem Jahr 2012 ausgelaufen sei.

In Kapitel 0708 – Innovation und Technologietransfer – zeigten sich weitere wichtige Änderungen. Die in Titel 686 75 veranschlagten Zuschüsse für die Kontaktstellen „Frau und Beruf“ entsprächen nun annähernd dem Ist 2010, nachdem diese Mittel 2011 für konkrete Projekte aufgestockt worden seien. Der Evaluationsprozess, den das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft in diesem Bereich angesetzt habe, werde von ihr unterstützt.

Einen großen Schwerpunkt in Kapitel 0708 bilde die Förderung der wirtschaftsnahen Forschung in Titelgruppe 79. Das Land unternehme mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf bereits weitreichende Anstrengungen, was auch an den gestiegenen Zuschüssen für die Betriebskosten um über 300 Millionen € in Titel 685 79 ersichtlich werde.

Einen Teilbereich hierbei stelle die KMU-Prämie für Forschungsinstitute dar, die dazu beitragen solle, dass die wirtschaftsnahen Forschungsinstitute, deren institutionelle Förderung ausschließlich durch das Land erfolge, ihre Aufträge vorrangig kleineren und mittleren Unternehmen im Land erteilen. Diese KMU-Prämie, die bereits im Jahr 2010 auf Betreiben vonseiten der Parlamentarier eingeführt worden sei, werde nun von 500 000 € auf 1 Million € erhöht, was einen zusätzlichen Anreiz für die Beauftragung von KMU-Betrieben bewirken werde.

In diesem Zusammenhang weise sie darauf hin, dass die Landesförderung für die Hohenstein Institute bereits im Jahr 2010 ausgelaufen sei.

Ein neuer Bereich sei die Landesinitiative Elektromobilität II, die sich in Kapitel 0708, Titelgruppe 80 finde und für die ein Betrag von insgesamt 700 000 € angesetzt sei. Weitere Mittel in diesem Förderbereich seien in Einzelplan 12 etatisiert, wo auch Ansätze für die Landesinitiative Elektromobilität I zu finden seien.

Im Rahmen der Förderung der wirtschaftsnahen Forschung seien auch diejenigen Institute zu nennen, die gemeinsam mit dem Bund gefördert würden. Diese fänden sich in Titelgruppe 86; auch hier sei eine deutliche Steigerung feststellbar, nämlich von 34,5 Millionen € auf 42,85 Millionen €. Darin spiegelten sich die gemeinsamen Bemühungen von Bund und Ländern wider, im Bereich der Investitionen für Fraunhofer-Institute und ähnliche Einrichtungen zu einem guten Ergebnis zu kommen.

Im Bereich der Mittelstandsförderung – Kapitel 0710 – sei insbesondere auf den Bereich „Überbetriebliche Ausbildungszentren“ hinzuweisen. Bei den Investitionen zeige sich eine Steigerung von 5,75 Millionen € auf 7 Millionen €. Das Thema „Überbetriebliche Ausbildung“, insbesondere im Handwerk, tauche daneben auch in Titelgruppe 75 auf, wo die Zuschüsse für die Kurse selbst veranschlagt seien. Hier steige der Ansatz von 7,4 Millionen € auf 8,5 Millionen €; Ursache hierfür seien die Steigerungen bei den Teilnehmerzahlen, auf die das Land mit einer freiwilligen Mittelaufstockung reagiere.

Sie ziehe das Fazit, dass im vorliegenden Einzelplan besonders der Bereich Innovationen starke Berücksichtigung finde, und danke für die informativen Gespräche mit dem Ministerium.

Der Berichterstatter für die Kapitel 0711 und 0712 führt aus, das Programmvolumen der Wohnraumförderung sei aus den zusätzlichen Einnahmen aufgrund der Grunderwerbsteuererhöhung um 25 Millionen € auf nunmehr rund 70 Millionen € erhöht worden. Die inhaltliche Neuausrichtung finde ihren Niederschlag insbesondere in der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus und den damit erhofften Impulsen und daneben in der Förderung der energetischen Sanierung von Objekten, wobei auch hier auf günstige Effekte gehofft werde. Ein weiterer Schwerpunkt bleibe die Förderung selbst genutzten Wohneigentums durch einkommensschwächere Familien.

Die Kassenmittel in Höhe von rund 69,5 Millionen € bestünden aus Bundesmitteln in Höhe von 42,2 Millionen € und Landesmitteln in Höhe von rund 27,3 Millionen €. Von der darin enthaltenen Erhöhung aus Mitteln der Grunderwerbsteuer in Höhe von 25 Millionen € würden im Jahr 2012 kassenmäßig lediglich 7,8 Millionen € benötigt, weshalb als kassenmäßige Gegenposition eine einzelplanspezifische Minderausgabe von 17,2 Millionen € veranschlagt werde.

Von den verbleibenden 52,3 Millionen € seien Verpflichtungen aus den Programmen der Vorjahre in Höhe von rund 26,2 Millionen € zu finanzieren. Die freien Kassenmittel von rund 26,1 Millionen € ergäben mit den neuen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rund 44 Millionen € zulasten der kommenden Jahre das zuvor genannte Programmvolumen für 2012 in Höhe von rund 70 Millionen €.

Die aus dem Bankbeitrag der L-Bank in der Wohnraumförderung eingesetzten Mittel in Höhe von 19,5 Millionen €, die nicht im Landeshaushalt etatisiert würden, dienten der Abfinanzierung früherer Förderprogramme.

Der Planansatz für das Wohngeld, welches jeweils zur Hälfte von Bund und Land zu finanzieren sei, betrage 174 Millionen €. Trotz der erwarteten konjunkturellen Abkühlung seien die Prognosen für die Entwicklung des Arbeitsmarkts derzeit noch positiv. Daher könne das Niveau des Vorjahresansatzes wohl gehalten werden.

Die aus Wettmitteln finanzierte Denkmalpflege liege mit einem Volumen von rund 24 Millionen € etwas über dem Vorjahresniveau von 23,5 Millionen €. Rund 9,1 Millionen € würden voraussichtlich für Ausgrabungen und deren Auswertung, für die Fotogrammetrie, die Inventarisierung sowie für Publikationen, Fachtagungen und Ausstellungen eingesetzt. Die restlichen rund 14,9 Millionen € dienten der Finanzierung der Denkmalförderprogramme.

In der Städtebauförderung betrage das Programmvolumen rund 161 Millionen € und liege damit unter dem Volumen des Vorjahrs mit rund 177 Millionen €. Dies liege vornehmlich daran, dass 2011 über den Dritten Nachtragshaushalt zusätzlich 14 Millionen € aus allgemeinen Landesmitteln bereitgestellt worden seien und das Programmvolumen des Bundes damals noch 45 Millionen € statt nunmehr 37 Millionen € betragen habe. Das Programmvolumen aus dem Kommunalen Investitionsfonds des Landes hingegen sei von 118 Millionen € auf 124 Millionen € erhöht worden.

Die Kassenmittel betragen insgesamt rund 212 Millionen € und lägen deutlich über dem Ansatz von 186 Millionen € des Vorjahrs. Dies liege in erster Linie an den höheren Kassenmitteln des Landes aus dem Kommunalen Investitionsfonds. Damit könnten voraussichtlich die Liquiditätsengpässe der letzten Jahre überwunden und die Mittelabrufe der Kommunen problemlos bedient werden.

Der Ausschuss nimmt von Kapitel 0701 Kenntnis.

Die Vorsitzende ruft

Kapitel 0702
Allgemeine Bewilligungen

auf.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP fasst die Begründung des Antrags 07/3 Ziffer 2 (mod. Fassung) zusammen und verweist auf den im Rahmen der Beratung des Einzelplans 04 eingebrachten Antrag 04/4, die Sprachförderung um 8,5 Millionen € aufzustocken; hierfür sollten die Mittel eingesetzt werden, die verfügbar wären, wenn die Förderung des Mietwohnungsbaus in gleicher Höhe wie 2011 belassen würde.

Eine Abgeordnete der Fraktion GRÜNE macht deutlich, ihre Fraktion habe es nicht für sinnvoll gehalten, dass das Land Baden-Württemberg seinerzeit auf Betreiben des FDP/DVP-geführten Wirtschaftsministeriums als einziges Bundesland für zwei Jahre aus der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus ausgestiegen sei. Zum Ende der letzten Legislaturperiode sei dieser Beschluss bekanntlich auch korrigiert worden.

Ihre Fraktion halte die Mietwohnraumförderung für ein wichtiges Aufgabenfeld, zumal nach wie vor besonders in Ballungsgebieten und in Universitätsstädten ein Mangel an bezahlbarem Mietwohnraum festzustellen sei. Die Kommunen sollten unterstützt werden, sich hier verstärkt investiv zu engagieren.

Der Antrag 07/3 Ziffer 2 (mod. Fassung) wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Kapitel 0702 mehrheitlich genehmigt.

Die Vorsitzende ruft

Kapitel 0707
Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

auf.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD fasst die Begründung des Antrags 07/4 zusammen.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU hält die Fördermittel in Titel 546 70 – Aufwendungen für Veranstaltungen u. a. im Bereich Wirtschaft und Demografie – in der bisherigen Größenordnung für ausreichend und weist darauf hin, dass die Firmen im Land in letzter Zeit wieder verstärkt auf die Kompetenzen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzten.

Der Antrag 07/4 wird mehrheitlich angenommen.

Der Abgeordnete der Fraktion der SPD verweist auf die Begründung des Antrags 07/5.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU macht dagegen geltend, die bw-i nehme die Präsentationsaufgaben bereits heute in professioneller Weise wahr; weitere Maßnahmen wären redundant.

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft erklärt, die im Antrag 07/5 begehrten Anhebungen der Ansätze betreffen Bereiche, die von der bw-i nicht abgedeckt

würden; diese Maßnahmen würden in enger Abstimmung mit bw-i entwickelt und seien daher nicht redundant, sondern bildeten eine sinnvolle Ergänzung.

Der Antrag 07/5 wird mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0707 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Die Vorsitzende ruft

Kapitel 0708

Innovation und Technologietransfer

auf.

Eine Vertreterin des Rechnungshofs führt zu Titel 685 79 – Zuschüsse zu den Betriebskosten – aus, da der Rechnungshof stets darum bemüht sei, bei der Konsolidierung des Landeshaushalts zu helfen, würden auch die An-Institute immer wieder einer Prüfung unterzogen. Dabei sei vor einigen Jahren festgestellt worden, dass Engpässe aufgrund unzureichender Investitionsmittel eintreten könnten. Aktuell sei bei der Prüfung verschiedener Institute hingegen bemerkt worden, dass die Betriebskosten nicht in einer schlüssigen Relation zum Bedarf stünden. In Einzelfällen seien Ansparungen für Investitionen, die anderweitig offenbar nicht hätten aufgebracht werden können, aus dem Betriebskostenetat geleistet worden. Der Rechnungshof habe das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft daraufhin gebeten, hier auf mehr Transparenz hinzuwirken, und es bestehe durchaus der Eindruck, dass dieser Weg nun auch beschritten werde.

Vor diesem Hintergrund halte sie es allerdings für verfrüht, in Titel 685 79 den Ansatz für Betriebskosten um über 3 Millionen € zu erhöhen, und rate dazu, zunächst zu ermitteln, wie hoch jeweils der tatsächliche Bedarf sei, bevor eine pauschale Erhöhung vorgenommen werde. Der Rechnungshof vertrete die Auffassung, dass es für die Institute möglich sein sollte, mit geringeren Betriebskosten auszukommen. Sollte sich im Laufe des Jahres zeigen, dass diese Einschätzung unzutreffend sei, gäbe es immer noch Möglichkeiten, in der Zukunft entsprechende Maßnahmen zu treffen, dies jedoch unter der Voraussetzung einer vernünftigen Relation zwischen Investitions- und Betriebskosten.

Grundsätzlich halte es auch der Rechnungshof für wünschenswert und sinnvoll, einen besonderen Fokus auf die Mittelstandsförderung zu richten. Ob allerdings die von der Berichterstatterin als positiv dargestellte KMU-Prämie hierzu ein geeignetes Instrument bilde, müsse genau beobachtet werden.

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft führt aus, die Landesregierung bemühe sich, offenzulegen, wofür in der Wirtschaftspolitik und in der Zuschusspolitik Mittel aufgewandt würden, und diese Mittel wirkungsvoll einzusetzen. Die Regierungsfractionen hätten ergänzende Maßnahmen zu denen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie beantragt, die in Einzelfällen auch miteinander gekoppelt würden.

Der Rechnungshof habe in der Vergangenheit bereits die Ausgaben in Titel 685 79 – Zuschüsse zu den Betriebskosten – beanstandet. Die Landesregierung habe daraus Konsequenzen gezogen. Die Erhöhung der Ausgaben, die im Haushaltsplan für 2012 vorgenommen werden sollte, ließe sich genau begründen. Zum einen werde die KMU-Prämie für die Forschungsinstitute verdoppelt und somit auf 1 Million € erhöht; diese Ausgabe könne gesondert ausgewiesen werden. Er begrüße, dass die betroffenen Institute erfolgreich an Spitzenclusterwettbewerben teilnahmen. Bei diesen müsse das Land einen Kofinanzierungsanteil erbringen. Dies werde ermöglicht, indem im Haushaltsplanentwurf für 2012 1 Million € veranschlagt seien und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4 Millionen € bestünden.

Der restliche Aufwuchs leite sich von projektbezogenen Maßnahmen ab. Eine Aufstellung darüber, welche wichtigen Projekte gefördert würden, könne nachgefragt werden. Die gestiegenen Ausgaben ließen sich gut begründen und stünden nicht in Zusammenhang mit den früheren Kritikpunkten des Rechnungshofs.

Die Abgeordnete der Fraktion GRÜNE fragt, ob der Minister dem Ausschuss eine Aufstellung über die geförderten Projekte zuleiten und ob sein Haus prüfen könne, wie sich die Fehlbetragsfinanzierung in diesem Bereich hin zur Festbetragsförderung verändern lasse. Dafür habe sich auch der Ausschuss bereits ausgesprochen.

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft antwortet, im Zuge der Zielvereinbarungen im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft für 2012 sei beschlossen worden, genau diese Aufgabe unter Berücksichtigung der Kritikpunkte des Rechnungshofs anzugehen.

Er weist darauf hin, im Vergleich zu den Mitteln wirtschaftsnaher Forschungsinstitute seien die Mittel der Betriebe, die von den gestiegenen Mitteln in Titel 685 79 profitieren, gering. Die Mittel würden nicht „aus dem Vollen geschöpft“, sondern stünden für konkret definierte Projekte zur Verfügung. Daneben gebe es auch einen Aufwuchs in Höhe von 750 000 € bei den Betriebskosten.

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft werde den Landtag über die Ergebnisse der weiteren Finanzierungsumstellung bei Titel 685 79 informieren.

Er sagt zu, den Ausschuss über Ausgaben in Titelgruppe 79 – Forschungseinrichtungen für neue Technologien und für Zwecke der wirtschaftsnahen Forschung einschließlich der technischen Entwicklung – genau zu informieren.

Ein anderer Abgeordneter der Fraktion der SPD bringt vor, Grüne und SPD forderten in ihrem Antrag 07/6, in Titel 894 79 – Zuschüsse für Investitionen – die Mittel für das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg für einen Neubau zu erhöhen. Das Zentrum stehe im Mittelpunkt der Bemühungen des Landes um eine Energiewende. Die Nachfrage nach den Forschungsthemen, die dieses Zentrum bearbeite, steige. Daher habe sich das Zentrum zu dem notwendigen Neubau entschlossen.

Das Forschungszentrum plane, die Baukosten in Höhe von 21 Millionen € mit Haushaltsmitteln, die es schon jetzt erhalte, und über Darlehen zu finanzieren. Da sich ein zu hoher Finanzierungsanteil negativ auf den laufenden Betrieb auswirken könne und die Innovationsallianz Baden-Württemberg durch einen Zuschuss in Titel 894 79 gestärkt werden könne, forderten die Regierungsfractionen, 1 Million € mehr zur Verfügung zu stellen als bisher geplant. Das Forschungszentrum erhalte damit eine gute Kostenstruktur, und Baden-Württemberg werde als Standort für regenerative Energien gestärkt.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU merkt an, er halte den Ansatz für ziel führend. Er rege an, zu überlegen, wie ein Rückfluss von Ausgaben, die das Land in Technologie und damit Patente investiere, möglich sei.

Der Antrag 07/6 wird einstimmig angenommen.

Kapitel 0708 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Die Vorsitzende ruft

Kapitel 0710

Mittelstandsförderung

auf.

Sie ruft die Anträge 07/1 und 07/2 zur Beratung auf.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU erläutert, gerade kleinere Unternehmen sollten sich an örtlichen Gemeinschaftsausstellungen und gemeinsamen Veranstaltungen der Handels- und Gewerbevereine mit Schwerpunktthemen wie Altbausanierung, Energieeffizienz oder Energieeinsparung beteiligen und Dienstleistungen sowie Gewerke anbieten. Leistungsschauen gehörten zu einer soliden binnenorientierten Mittelstandspolitik und sollten gefördert werden.

Der Abgeordnete der Fraktion der FDP/DVP schließt sich den Ausführungen seines Vorredners vollumfänglich an.

Die Abgeordnete der Fraktion GRÜNE entgegnet, ihre Fraktion halte eine generelle Förderung von örtlichen Leistungsschauen durch das Land für verzichtbar. Durch das Interesse der Gewerbetreibenden an Leistungsschauen und die häufige Unterstützung dieser durch die Kommunen sei die Durchführung dieser Veranstaltungen nicht gefährdet. Würden Mittel dafür gewährt, müssten diese außerdem auch im zuständigen Ministerium verwaltet werden.

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft weist darauf hin, dass die meisten Leistungsschauen auch ohne Zuschuss durch das Land erfolgreich durchgeführt würden. Der Rechnungshof habe bereits 1998 starke Mitnahmeeffekte bei Leistungsschauen festgestellt. Jedoch vertrete die Landesregierung die Auffassung, dass sich die Wertschätzung für das örtliche Handwerk nicht in einer Förderung von Leistungsschauen zeigen solle, sondern im Engagement für Maßnahmen beispielsweise im Bereich Fachkräfte und duale Ausbildung. Wer im Haushalt Schwerpunkte setzen wolle, müsse auch bereit sein, Förderprogramme einmal auslaufen zu lassen. Dies gelte übrigens auch für die energetische Sanierung.

Die Vorsitzende fragt, ob die Aussagen aus dem Bericht des Rechnungshofs von 1998 dazu noch immer gälten und die Aussagen den Forderungen, wie sie in den vorliegenden Anträgen dargelegt seien, entsprächen.

Der Vizepräsident des Rechnungshofs antwortet, allgemein würden durch solche Förderungen Mitnahmeeffekte erzielt. Eine Reduzierung von Ausgaben sei allgemein immer im Sinne des Rechnungshofs.

Die Anträge 07/1 und 07/2 werden in gemeinsamer Abstimmung mehrheitlich abgelehnt.

Ein noch nicht zu Wort gekommener Abgeordneter der Fraktion der SPD erklärt zum Antrag 07/7, die Regierungsfractionen setzten sich dafür ein, dass die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten in Mannheim und in Ulm, bei denen dringender Investitionsbedarf bestehe, zusätzliche Mittel erhielten. Dies sei vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels zu betrachten. Im Haushaltsplanentwurf für 2012 seien daher die in Titel 893 71 – Zuschüsse für Investitionen in überbetriebliche Berufsbildungszentren – veranschlagten Mittel um 1,3 Millionen € gegenüber dem Ansatz für 2011 erhöht worden.

Der Antrag 07/7 wird mehrheitlich angenommen.

Der zuletzt zu Wort gekommene Abgeordnete der Fraktion der SPD äußert, der Antrag 07/8 begehre, in Titel 526 72 – Kosten für Sachverständige, Gutachten und dgl. – zusätzliche Mittel auszubringen, um fundierte Informationen über Beschäftigungsmöglichkeiten älterer Menschen im Arbeitsmarkt zu erhalten, auf deren Grundlage Handlungsempfehlungen abgeleitet werden könnten.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU hält es nicht für zielführend, die geforderte Summe für Gutachten aufzuwenden.

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft erwidert, CDU/CSU und SPD hätten gemeinsam die Regelaltersrente mit 67 Jahren beschlossen. Demnach müsse auch glaubhaft dargelegt werden, dass ältere Menschen im Arbeitsmarkt tätig sein könnten. Für die Akzeptanz der Regelaltersrente mit 67 Jahren müsse gekämpft werden. Andernfalls habe dieser Beschluss politisch negative Auswirkungen.

Über die Ergebnisse der Studie könne die Landesregierung gern berichten. Wünschenswert seien insbesondere Vorbilder hinsichtlich der Maßnahme.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU bittet darum, von den Ergebnissen der Studie zu erfahren.

Der Antrag 07/8 wird mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0710 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

Die Vorsitzende ruft

Kapitel 0711
Wohnungswesen

auf.

Ein weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD führt zum Antrag 07/9 aus, der Ausschuss habe beschlossen, in Kapitel 1409 Titel 894 87 – Aufwendungen für die Förderung der Studierenden im Hochschulwesen: Zuschüsse an die Studentenwerke des Landes für Investitionen – 2 Millionen € mehr zu veranschlagen. Der vorliegende Antrag diene der Gegenfinanzierung. Die Ausgaben für die Wohnraumförderung – Kapitel 0711 Titel 663 76: Zinszuschüsse – sollten um 2 Millionen € gekürzt werden.

Der Ausschuss lehnt Ziffer 1 des Antrags 07/3 (mod. Fassung) mit großer Mehrheit ab.

Der Antrag 07/9 wird einstimmig angenommen.

Kapitel 0711 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0712 einstimmig genehmigt.

09.02.2012

Andrea Lindlohr
Für Einzelplan 07
(mit Ausnahme von Kap. 0711 und 0712)

Dr. Hans-Ulrich Rülke
Für Kapitel 0711 und 0712

07/1

Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU

Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2012

Der Landtag wolle beschließen,

Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

Kap. 0710 – Mittelstandsförderung

zu ändern:

Tit. 683 71A FKZ 691 Zuschüsse für örtliche Leistungsschauen

S. 82 des Staatshaushaltsplans zu Epl. 07

	2012
	Tsd. Euro
statt	0,0
zu setzen	150,0
	(+ 150,0)

18.01.2012

Hauk und Fraktion

Begründung:

Die Durchführung von örtlichen Gemeinschaftsausstellungen der Handels- und Gewerbevereine (Leistungsschauen) sowie gemeinsame Veranstaltungen der Handels- und Gewerbevereine zu den Schwerpunktthemen Altbausanierung, Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien sind für die mittelständisch orientierten Unternehmen vor Ort von enormer Bedeutung. Sie gehören seit vielen Jahren zu den wichtigsten und erfolgreichsten Darstellungsformen der mittelständischen Wirtschaft und des Handwerks und werden angesichts der beschlossenen Energiewende weiterhin an Bedeutung gewin-

.../2

nen. Gerade für kleine Betriebe, die keine Gelegenheit haben, sich im Rahmen von Regional- oder gar Landesmessen zu präsentieren, stellen diese Schauen die einzige Möglichkeit dar, sich vor Ort einem größeren potentiellen Kundenkreis zu präsentieren. Damit trägt diese Form der Wirtschaftsförderung auch unmittelbar der Sicherung der wohnortnahen Versorgung bei. Diese Zuschüsse sind für die örtlichen Leistungsträger in Handwerk, Einzelhandel und Dienstleistung wichtig und unverzichtbar. Es stärkt den Anreiz, auf Ortsebene verstärkt auf die unternehmerische Initiative zu setzen.

In den Leistungsschauen präsentieren sich die lokal ansässigen mittelständischen Betriebe aus Handwerk, Handel, Industrie und Dienstleistungen dem Verbraucher vor Ort. Sie werden von den Handels- und Gewerbevereinen veranstaltet und sind ein sehr gutes Instrument für die Betriebe um den Verbraucher direkt anzusprechen. Der Besucher seinerseits erhält einen umfassenden Überblick über das Leistungsangebot der Betriebe vor Ort.

In Zeiten einer möglicherweise wieder drohenden Nachfragekrise sollte das Instrument verstärkt genutzt werden. Über den Bund der Selbständigen könnte für das Instrument gezielt geworben und ein Anreiz für mehr Leistungsschauen im Land geschaffen werden.

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft hat in der Landtags-Drucksache 15/449 am 22. September 2011 mitgeteilt, dass im Jahr 2011 insgesamt 96 Bewilligungen für Leistungsschauen und Energieveranstaltungen erteilt worden sind, weitere Mittel für dieses Jahr nicht mehr zur Verfügung stehen und damit zusätzliche Veranstaltungen im Jahr 2011 nicht mehr gefördert würden.

Die Ausschöpfung der Mittel nach gerade neun Monaten im Jahr 2011 zeigt den Erfolg des Programms.

07/2

Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

Entwurf des Staatshaushaltsplans 2012

Der Landtag wolle beschließen,

Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

Kapitel 0710 – Mittelstandsförderung

zu ändern:

Tit. Gr. 71 Grundsatzfragen Mittelstand und Handwerk

Tit. 683 71A Zuschüsse für örtliche Leistungsschauen

§. 82

2012
Tsd. Euro

statt	0,0
zu setzen	150,0
	(+ 150,0)

17.01.2012

Dr. Rülke und Fraktion

Begründung

Der Antrag begehrt die Wiederherstellung eines Ansatzes, wie er im Durchschnitt der letzten Jahre zur Förderung örtlicher Leistungsschauen bereitgestellt worden war. Diese Zuschüsse sind für die örtlichen Leistungsträger in Handwerk, Einzelhandel und Dienstleistung wichtig und unverzichtbar. Sie vermitteln zugleich Anreize, auf Ortsebene verstärkt auf unternehmerische Initiative zu setzen.

Es wird vorgeschlagen, örtlichen Handels- und Gewerbevereinen in einem 3-jährigen Turnus für die Durchführung von Leistungs-, Handels- und Gewerbeschauen einen Zuschuss von 1.500 Euro zu gewähren.

07/3
(mod. Fassung)

Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2012

Der Landtag wolle beschließen,

Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

1. Kapitel 0711 – Wohnungswesen

zu ändern:

Tit. Gr. 76 Wohnraumförderung

Tit. 663 76 Zinszuschüsse

§. 107

	2012
	Tsd. EUR
statt	66.186,0
zu setzen	41.186,0
	(-25.000,0)

2. Kapitel 0702 – Allgemeine Bewilligungen

zu ändern:

Tit. 972 10 Globale Minderausgabe

§. 17

	2012
	Tsd. EUR
statt	-17.754,1
zu setzen	-554,1
	(+17.200,0)

24. 01. 2012

Dr. Rülke und Fraktion

.../2

07/3
(mod. Fassung)

Begründung

Die Anhörung zum neuen Landeswohnraumförderungsprogramm im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat eine Fülle von Kritikpunkten zur Ausgestaltung der Förderung ergeben, die aber von der Landesregierung und den Regierungsfractionen nicht aufgegriffen worden sind. Insofern kann mit guten Gründen davon ausgegangen werden, dass insbesondere der Programmteil zur Förderung des Mietwohnungsbaus aufgrund seiner Ausgestaltung nicht auf eine entsprechende Nachfrage trifft oder Fördermittel aufgrund der Ausweitung der Gebietskulisse schwerpunktmäßig außerhalb der Zentren des Bedarfs (den Groß- und Universitätsstädten) zum Einsatz kommen.

Die antragstellende Fraktion plädiert deshalb dafür, im Bereich der Förderung des Mietwohnungsbaus bei der Gebietskulisse und den Ansätzen des Jahres 2011 zu bleiben.

Die Kürzung bei Kap. 0711 TG 76 um 25 Mio. EUR erfordert zugleich die Kürzung der bei Kap. 0702 ausgebrachten globalen Minderausgabe um den Anteil aus der Grunderwerbsteuererhöhung, der 2012 kassenmäßig nicht zur Deckung der Ausgaben für das Landeswohnraumförderungsprogramm benötigt worden wäre.

Die frei werdenden Mittel werden durch gesonderten Antrag für Zwecke der Verbesserung der Sprachförderung in den Einrichtungen der Kinderbetreuung eingeplant.

07/4

Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD

Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2012

Der Landtag wolle beschließen,

Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

Kap. 0707 Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

zu ändern:

Tit. 546 70 Aufwendungen für Veranstaltungen u. a. im Bereich
Wirtschaft und Demografie

S. 35

	Tsd. EUR
statt	210,0
zu setzen	410,0
	(+200,0)

25.01.2012

Sitzmann und Fraktion
Schmiedel und Fraktion

Begründung:

Die Sicherung des Fachkräfteangebots wird in Baden-Württemberg auch in den künftigen Jahren eine wichtige Rolle spielen. Grundlage in diesem Bereich ist die Vereinbarung zur Gründung der Fachkräfteallianz Baden-Württemberg. Darin werden Maßnahmen zur Aktivierung des inländischen Erwerbspersonenpotenzials in den Vordergrund gestellt. Im Jahr 2012 soll hier, unter Beteiligung der relevanten Akteure, ein Schwerpunkt im Bereich älterer Erwerbspersonen gesetzt werden (siehe hierzu auch Antrag unter Kap. 0710 Tit. 526 72).

.../2

07/4

Insbesondere soll auch die Gründung regionaler Fachkräfteallianzen durch die Entwicklung eines internetgestützten Leitfadens vorangebracht werden. In einem ersten Schritt soll eine Bestandsanalyse über bereits bestehende regionale Fachkräfteinitiativen in Baden-Württemberg durchgeführt werden. Auf dieser Basis und erweitert um zusätzliche Ideen, auch aus anderen Bundesländern und dem Ausland, soll ein Maßnahmenkatalog (Leitfaden) entwickelt werden, der allen Regionen zur Verfügung gestellt wird. Die Regionen sollen aus dem Maßnahmenkatalog das für sie Passende aufgreifen und umsetzen. Als Kommunikationsmedium soll eine Internetplattform eingerichtet werden.

07/5

Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode**Änderungsantrag****der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD****Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2012**

Der Landtag wolle beschließen,

Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)**Kap. 0707 Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft**

zu ändern:

1. Tit. 526 85 Kosten für Sachverständige, Gutachten u. dgl.

S. 37

	Tsd. EUR
statt	60,0
zu setzen	110,0
	(+50,0)

2. Tit. 531 85 Werbemaßnahmen für Unternehmensansiedlung und -kooperation

S. 37

	Tsd. EUR
statt	155,9
zu setzen	305,9
	(+150,0)

und die Erläuterungen entsprechend anzupassen.

25.01.2012

Sitzmann und Fraktion
Schmiedel und Fraktion

.../2

07/5

Begründung:**Zu 1.****Studie über Repräsentanzen von deutschen Gebietskörperschaften in den wirtschaftsstarken Exportmärkten:**

Die Studie soll dazu dienen, darzulegen, ob und ggf. in welchen Zukunftsmärkten die Präsenz des Landes außenwirtschaftlich verbessert werden kann.

Baden-württembergische Repräsentanzen in wichtigen Auslandsmärkten der Zukunft erscheinen für KMU's als hilfreiche Anlaufstellen vor Ort. Sie können bei der Erschließung neuer Exportmärkte und dem Auf- und Ausbau von Vertriebsstrukturen wertvolle Unterstützung bieten, bspw. durch Informationen, Beratungen und Kontaktvermittlungen. Darüber hinaus besitzen sie bedeutende Funktionen im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung von Wirtschaftsdelegationsreisen sowie der Werbung für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

Zu 2.**Präsentation des Landes auf internationalen Messen/Veranstaltungen verbessern bei kooperativem Einbezug der Wirtschafts- und Branchenfördergesellschaften:**

Ziel ist es, die in 2011 erfolgreich begonnene Strategie zur Präsentation des Landes auf internationalen Messen und anderen international geprägten Veranstaltungen bei kooperativem Einbezug der Wirtschafts- und Branchenfördergesellschaften im Land weiter zu entwickeln.

Dabei kommen folgende Maßnahmen für 2012 in Betracht:

- Entwicklung eines interaktiven multifunktionalen Informationsangebots im Bereich Umwelttechnologie aufgeteilt nach einzelnen Sektoren. Diese Plattform wird in das Standortinformationssystem Baden-Württemberg und in den Internetauftritt von bw-i integriert und den Wirtschafts- und Branchenorganisationen zur Verfügung gestellt (multifunktionale Einsetzbarkeit).
- Für den Wachstumsbereich Gesundheitswirtschaft bedarf es zusätzlicher Instrumente der Informationsvermittlung gegenüber internationalen Partnern und Kunden. Daher wird vorgeschlagen, in einem ersten Schritt zusätzliche Informationssysteme in den Bereichen Medizintechnik sowie Kliniken / Reha zu fördern.
- Die landesbeteiligten Wirtschafts- und Branchenfördergesellschaften bw-i, e-mobil BW, BIO-PRO, Umwelttechnik-BW und M F G beantragen gemeinsame Projekte.

07/6

Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode

Änderungsantrag

**der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD**

Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2012

Der Landtag wolle beschließen,

Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

Kap. 0708 Innovation und Technologietransfer

zu ändern:

Tit. 894 79 Zuschüsse für Investitionen

S. 59

	Tsd. EUR
statt	10.567,0
zu setzen	11.567,0
	(+ 1.000,0)

und die Erläuterung entsprechend anzupassen.

25.01.2012

Sitzmann und Fraktion
Schmiedel und Fraktion

Begründung:

Das Zentrum für Sonnenenergie und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) betreibt als eines der europaweit renommiertesten Institute am Standort Stuttgart angewandte Forschung im Bereich Dünnschicht-Photovoltaik und regenerative Energieträger. Aufgrund der anhaltend starken Nachfrage nach diesen Forschungsthemen und des daraus resultierenden Wachstums stößt das Institut am jetzigen Standort an seine räumlichen Grenzen.

.../2

07/6

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die jährliche hohe und weiter steigende Mietbelastung plant das ZSW, einen Neubau im Industriepark STEP in Stuttgart-Vaihingen zu erstellen.

Das ZSW geht bei seinen Planungen von Baukosten von 21 Mio. € zuzüglich Nebenkosten von 3 Mio. € (Rückbau der Mieträume, Umzug u. a.) aus, welche das ZSW aus Eigenmitteln finanziert. Die Baukosten sollen bislang durch einen Zuschuss aus Haushaltsmitteln von 6 Mio. € sowie im Übrigen über ein Darlehen des ZSW finanziert werden.

Die zusätzlichen Mittel vermindern einerseits das Finanzierungsrisiko für das Projekt ganz wesentlich. Der Fremdfinanzierungsanteil wird damit von 71,4 % auf 66,7 % gesenkt. Andererseits leisten diese Mittel einen entscheidenden Beitrag dazu, dass die durch die Fremdfinanzierung entstehende finanzielle Belastung sich nicht zu negativ auf den laufenden Institutsbetrieb auswirkt.

07/7

Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD

Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2012

Der Landtag wolle beschließen,

Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

Kap. 0710 Mittelstandsförderung

zu ändern:

Tit. 893 71 Zuschüsse für Investitionen in überbetriebliche Berufsbildungszentren

S. 83

	Tsd. EUR
statt	7.067,0
zu setzen	7.567,0
	(+500,0)

und die Erläuterung entsprechend anzupassen.

25.01.2012

Sitzmann und Fraktion
Schmiedel und Fraktion

Begründung:

Bei den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten besteht ein hoher Investitionsbedarf. Mit zusätzlichen Landesmitteln i. H. v. 500 Tsd. € können zwei weitere dringliche Investitionsvorhaben in 2012 bewilligt werden.

- Handwerkskammer Ulm: Bauliche Umstrukturierung und Modernisierung der Ausstattung der Bildungsakademie Friedrichshafen (Zuschuss: 245.100 €, Gesamtkosten: 817.000 €).

.../2

07/7

Im Kfz-Handwerk wurden zusätzliche Kurse eingerichtet, die einen höheren Platzbedarf nach sich ziehen. Das Vorhaben trägt durch den Umbau des bisherigen Küchenbereichs zu einem Universallehrsaal dazu bei, den Mehrbedarf an Theorie- und Lageräumen zu decken. Darüber hinaus ist die Modernisierung der über 20 Jahre alten Erstausrüstung vorgesehen, die aufgrund von Neuerungen in den Berufsbildern Anlagen- und Feinwerkmechaniker, KfZ-Mechatroniker, Elektroniker und Metallbauer notwendig wurde.

- Handwerkskammer Mannheim: Modernisierung der Ausstattung in der Bildungsakademie (Zuschuss: 281.250 €, Gesamtkosten: 937.500 €).
Vorgesehen ist die Modernisierung der Ausstattung mit flankierenden Baumaßnahmen in den Berufsfeldern Metall, Elektro/IT, Bau und Ausbau (Maler / Lackierer, Schreiner), KfZ, Sanitär-Heizung-Klima, Bäcker und Konditoren sowie Bürokaufwesen.

Der ggf. geringfügig über die zusätzlichen Mittel hinausgehende Zuschussbedarf ist aus den im Planentwurf veranschlagten Mitteln zu finanzieren.

07/8

Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD

Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2012

Der Landtag wolle beschließen,

Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

Kap. 0710 Mittelstandsförderung

zu ändern:

Tit. 526 72 Kosten für Sachverständige, Gutachten und dgl.

S. 84

	Tsd. EUR
statt	10,0
zu setzen	110,0
	(+100,0)

und die Erläuterung entsprechend anzupassen.

25.01.2012

Sitzmann und Fraktion
Schmiedel und Fraktion

Begründung:

Aufgrund der demografischen Entwicklung gewinnt die Erhöhung der Beschäftigung älterer Personen zunehmend an Bedeutung, was auch im Rahmen der Fachkräfteallianz zum Ausdruck gebracht wurde. Um die Beschäftigungsfähigkeit älterer Menschen zu gewährleisten, braucht es ein altersgerechtes Arbeitsumfeld. Dabei spielen neben der Arbeitsplatz- und der Arbeitszeitgestaltung bspw. die Gesundheitsprävention, aber auch die Personalentwicklung und berufliche Weiterbildung eine wichtige Rolle.

.../2

07/8

Um diese Herausforderung zielorientiert angehen zu können, ist es notwendig, diese Problematik fundiert aufzuarbeiten. Es soll daher eine Untersuchung zum Thema „Anforderungen an altersgerechtes Arbeiten - Darstellung verschiedener Ansatzpunkte in ausgewählten Berufsfeldern und Handlungsempfehlungen“ durchgeführt werden.

Im Rahmen der Untersuchung sollen in ausgewählten Berufsfeldern bzw. Berufen (bspw. Elektroinstallateur/in im Handwerk, Schlosser/in in der Instandhaltung, Fertigungsmitarbeiter/in in der Automobilproduktion, Kassierer/in im Handel) konkrete Ansatzpunkte herausgearbeitet werden, der Handlungsbedarf beschrieben und konkrete Handlungsempfehlungen an die verschiedenen Akteure (Beschäftigte, Betriebe, Sozialpartner, Land, Bundesagentur für Arbeit) gegeben werden.

07/9

Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode**Änderungsantrag****der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD****Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2012****Der Landtag wolle beschließen,****Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)****Kap. 0711 Wohnungswesen**

zu ändern:

TG 76 Wohnraumförderung

Tit. 663 76 Zinszuschüsse

S. 107

	Tsd. EUR
statt	66.186,0
zu setzen	64.186,0
	(- 2.000,0)

und die Erläuterung entsprechend anzupassen.

25.01.2012

Sitzmann und Fraktion
Schmiedel und Fraktion**Begründung:**

Mit dem Regierungsentwurf zum Staatshaushaltsplan werden zusätzlich 25,0 Mio. EUR Mittel zur Wohnraumförderung aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer im Kapitel 0711 Titelgruppe 76 veranschlagt. Aufgrund des sprunghaften Anstiegs der Studierendenzahlen benötigen die Studentenwerke eine finanzielle Anpassung von 2,0 Mio. EUR. Diese werden noch zur Förderung der Studentenwohnheime benötigt. Mit diesen Mitteln soll die

.../2

07/9

Zahl der Wohnheimplätze gesteigert werden um den allg. Wohnungsmarkt zu entlasten und den Studenten einen sozialverträglichen Wohnheimplatz ermöglichen. Insofern deckt sich die Zielrichtung der Wohnheimförderung des Studentenwerkes mit dem der Wohnraumförderung im Einzelplan 07. Daher sollen die Wohnraumförderungsmittel in Kap. 0711 Tit. 663 76 um 2.000,0 Tsd. EUR, zugunsten der Studentenwerke in Kap. 1409 Tit. 894 87, verringert werden.

Hinsichtlich der gleichzeitigen Erhöhung der Fördermittel für die Studentenwerke wird auf den entsprechenden Antrag zu Kap. 1409 Tit. 894 87 verwiesen.